

**NUC macht Friedensvorschläge**

Am 1. Juli hat die Nationale Vereinigungskommission (NUC) ihren Abschlußbericht vorgelegt. Darin werden der Regierung Empfehlungen gegeben, wie ein dauerhafter Friede im Land erreicht werden kann. Die Kommission war am 1. September 1992 von Ramos eingerichtet worden, um Vorschläge für ein Amnestieprogramm und einen Friedensprozeß zu entwickeln. Als konkrete Schritte nennt die NUC unter anderem die Freilassung von Bauernführer Jimmy Tadeo, die Aussetzung der automatischen Bedienung der Auslandsschulden und die Verurteilung der Marcos-Günstlinge, die ihre Schulden auf den Staat abgewälzt haben. Die NUC fordert die Regierung auf, die Ursachen zu beseitigen, die zu den bewaffneten Konflikten im Land geführt haben. Dazu zählt die Kommission Armut, wirtschaftliche Ungleichheit und Ungerechtigkeit, Unfähigkeit der Regierung, Fehler im politischen System und die Ausbeutung und Marginalisierung ethnischer Minderheiten. Die NUC schlägt soziale, wirtschaftliche und politische Reformen sowie konsensbildende

Maßnahmen vor, unter anderem eine umfassende Amnestie. Die Empfehlungen sind das Resultat landesweiter Konsultationen, die die NUC in 71 der 76 Provinzen durchgeführt hatte.

Senator Wigberto Tañada, ein NUC-Mitglied, warf der Kommission vor, Vorschläge, die bei den landesweiten Konsultationen gemacht worden seien, mißachtet zu haben. Er nannte Forderungen nach Auflösung der CAFGU-Bürgerwehren, nach der Einstellung der Militäroffensiven und nach einem Ende der Aufstandsbekämpfungspolitik. Tañada erklärte die NUC für gescheitert. Sie habe sich auf ein fragwürdiges und kontraproduktives Amnestieprogramm konzentriert anstatt Verhandlungen in Gang zu bringen.

Die NUC ist inzwischen von der National Amnesty Commission (NAC) abgelöst worden. Sie wird von Howard Dee, dem ehemaligen Botschafter beim Vatikan, geleitet. Des weiteren ernannte Präsident Ramos im August den früheren Kongreßabgeordneten Oscar Santos zum "Berater im Friedensprozeß".

vgl. NUC 1.7., PDI 2.7., 13.7., 31.7., 7.8., 8.8.93

**Ramos zur Lage der Nation**

Armutsbekämpfung, Stabilität, Öffnung der Wirtschaft, Auflösung der Monopole und die Bekämpfung von Korruption und Kriminalität hat Präsident Fidel Ramos in seiner Rede zur Lage der Nation angekündigt, die er am 26. Juli zur Eröffnung der neuen Sitzungsperiode vor beiden Kongreß-Kammern hielt. Er legte ein 62 Punkte umfassendes Gesetzespaket vor. Darin sind unter anderem neue und höhere Steuern, die Wiedereinführung der Todesstrafe und die Modernisierung der Streitkräfte vorgesehen.

Ramos räumte ein, daß die Steuereinnahmen hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind und Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung nur minimal gesenkt werden konnten. Senator Blas Ople bezeichnete die Ansprache mehr als "Ausdruck von Hoffnungen und Gebeten als ein konkretes Programm." Der Kongreßabgeordnete Arroyo sagte, der Präsident habe die Abgeordneten in ein Traumland geführt: "Es ist nichts wirklich Neues in der Rede gewesen."

vgl. MC, MSt, PDI, PNF 27.7.93, PNF 3.8.93

**Kurzmeldungen**

Das einzige philippinische **Atomkraftwerk** in Bataan soll in ein Erdgaskraftwerk **umgewandelt werden**. Der Vorschlag von Energieminister Delfin Lazaro muß allerdings noch von Präsident Ramos bestätigt werden. Die Umwandlung des bisher nicht genutzten Atommeilers in ein Erdgaskraftwerk wäre die umweltfreundlichste, aber nicht die preiswerteste Lösung. (IPS 2.8., PDI 6.8.93)

Die **Philippinen** wollen offenbar, wie zuvor Malaysia, **russische Rüstungsgüter** kaufen. Anfang Juli reiste erstmals eine Delegation der philippinischen Streitkräfte (AFP) nach Rußland, um sich nach geeignetem Kriegsgerät umzusehen. Die philippinische Regierung plant eine Modernisierung der Streitkräfte. (DPA 17.7.93)

Am 17. Juli ist William Rom, **Mitarbeiter einer NGO**, die die Rechte indigener Völker im Norden Mindanaos unterstützt, **von CAFGU-Angehörigen ermordet** worden. Nach ai-Angaben waren die paramilitärischen CAFGU-Bürgerwehren in den letzten 18 Monaten für 41 staatliche Morde verantwortlich. (ai 11.8.93)

103 ehemalige **Nestlé-ArbeiterInnen**, die nach einem Streik 1987 entlassen worden waren, **haben ihren Fall vor die Internationale Arbeitsorganisation (ILO)** in Genf gebracht. Die ILO wird aufgefordert, die philippinischen Arbeitsgesetze auf ihre Übereinstimmung mit ILO-Konventionen und -Protokollen zu untersuchen. (PNF 22.6.93)

Rund 2.000 Personen sind im Juli vor **Militäroperationen in Samar** geflüchtet, die im April begonnen haben sollen. Die Fluchtwelle setzte nach Angaben eines Pfarrers ein, nachdem das Militär im Mai vier Dörfer aus Helikoptern beschossen und bombardiert hatte. Weitere Operationen werden aus dem Marag-Tal im Norden Luzons und aus Negros gemeldet. (PNF 20.6.93)

**CPP-Manila-Komitee erklärt Autonomie**

Der Machtkampf innerhalb der Kommunistischen Partei (CPP) hat sich im Juli weiter zugespitzt. Das Manila-Rizal-Regionalkomitee erklärte sich am 15. Juli für autonom. Es hatte bereits im November letzten Jahres signalisiert, daß es die Parteiführung nicht mehr anerkenne. Diese hatte daraufhin das Komitee für aufgelöst erklärt. Auf einer Pressekonferenz Mitte Juli bezeichnete dessen Vorsitzender Carlos Forte die Parteiführung als "illegal und absolutistisch". Forte sagte, bis auf 68 stunden alle 5.000 Mitglieder seines Komitees, der größten CPP-Gruppierung, hinter ihm. Das von ihm geführte Komitee werde keine eigene Partei gründen, sondern betrachte sich weiter als CPP-Gruppierung, deren marxistisch-leninistische Ideologie es teile. Sollte sich das gegenwärtige Zentralkomitee allerdings weiterhin weigern, ei-

nen Parteikongreß einzuberufen, behalte sich sein Komitee das Recht vor, gemeinsam mit anderen Parteigruppierungen die Partei neuzugründen.

Luis Jalandoni, Vizepräsident des Untergrundbündnisses NDF, wies die Behauptungen Fortes zurück und bezeichnete dessen Gruppe als "klein und isoliert". Forte sei für militaristische Fehler des Untergrundes verantwortlich und deshalb seines Amtes enthoben worden.

Die Autonomieerklärung des Manila-Rizal-Komitees hat sich inzwischen auch auf legal operierende linke Organisationen ausgewirkt. Ende August erklärten die Manila-Ortsgruppen der Gewerkschaft KMU und des Bündnisses Bayan ihre Autonomie von den nationalen Führungen.

vgl. BP 16.7., MC 27.7., MT 16.7., MT 19.7., PDI 27.7., Presseerklärung L. Jalandoni 16.7.93

**Gespräche mit der NDF in Vietnam?**

Die seit längerer Zeit unterbrochenen Friedensgespräche mit der NDF werden spätestens im Oktober in Vietnam wieder aufgenommen. Dies sagte Senatspräsident Edgardo Angara nach einem Treffen mit Präsident Ramos und Mitgliedern der Nationalen Amnestiekommission NAC. Zum Delegationsleiter habe Ramos NAC-Chef Howard Dee benannt. Weitere Gespräche mit den Militärebellen und Putschisten würden wahrscheinlich noch früher stattfinden. Die Fortsetzung von Gesprächen mit der muslimischen MNLF, die mehrfach für den August angekündigt worden waren, würden durch militärische Auseinandersetzungen in Basilan erschwert, sagte Angara. Der Abgeordnete Eduardo Ermita, bisheriger Gesprächspartner von MNLF-Chef Nur Misuari, zeigte sich allerdings optimistisch, daß sie stattfinden werden.

vgl. PDI 29.7., 7.8., MC, MSt 26.8.93

## Kurzmeldungen

300 Gläubige ertranken am 2. Juli, als bei einer Flußprozession ein mit 500 Personen überladenes Floß kenterte. Die Opfer, meist Frauen und Kinder, hatten in Bocaue, Bulacan, an dem religiösen Fest teilgenommen. (PNF 5.7.93)

**Francisco V. del Rosario** ist Ende Juni zum neuen philippinischen Botschafter in Bonn ernannt worden. Die Position war nach dem Regierungswechsel 1992 ein Jahr unbesetzt geblieben. Der 66jährige Chef eines Firmenimperiums war bis zum Juni 1991 Staatssekretär im Ministerium für Handel und Industrie. (Philippine Reports 30.6.93)

Im ersten Quartal 1993 beliefen sich die Auslandsinvestitionen in den Philippinen auf 720,9 Millionen US Dollar. Davon flossen 74,70 Prozent in den Aktienmarkt. Nur zwanzig Prozent waren neue Direktinvestitionen; 4,78 Prozent wurden durch die Umwandlung von Schuldtiteln, sogenannten Debt swaps, investiert. (Philippine Political Update, June 1993)

Ende März betrug nach Angaben der Zentralbank die Auslandsverschuldung 33,02 Mrd. US-Dollar. Einer Studie der Weltbank zufolge müssen die Philippinen in den nächsten fünf Jahren 27,9 Mrd. Dollar für den Schuldendienst aufbringen. Trotzdem werden die Schulden auf 40 Mrd. Dollar ansteigen. (CONTRAK June 93, PDI 6.8.93)

Anfang August ist der **Peso** auf den tiefsten Stand der letzten zwei Jahre gefallen. Der Kurs gegenüber dem US-Dollar betrug 28,01 Peso, 3 Peso mehr als noch vor wenigen Wochen. Der jetzige Kursverfall wird auf eine massive Spekulation der Banken zurückgeführt. (PDI 6.8.93)

## Hirtenbrief gegen Programm zur Geburtenkontrolle

Die katholischen Bischöfe haben Mitte Juli in einem Hirtenbrief dazu aufgerufen, sich der Kampagne der Regierung zur Geburtenkontrolle zu widersetzen, "selbst wenn es die Obrigkeit befiehlt". Die Gläubigen sollten stattdessen die Lehre der Kirche zu künstlicher Empfängnisverhütung, Sterilisation und Abtreibung beachten. Das Regierungsprogramm führe zur Zerstörung der Familien, heißt es außerdem in dem Hirtenbrief, dem bisher schwersten Angriff der katholischen Amtskirche gegen das Regierungsprogramm.

Der protestantische Präsident Fidel Ramos erklärte unterdessen, er werde auch gegen den Widerstand der katholischen Kirche an den

Programmen zur Empfängnisverhütung und zum Kampf gegen AIDS festhalten, die Gesundheitsminister Juan Flavio vor einem Jahr mit Rückendeckung durch den Präsidenten in Gang gebracht hatte. Zum Schutz gegen die Immunschwächekrankheit werden seitdem kostenlos Kondome verteilt. Zudem erhalten Frauen selbst in abgelegenen Dörfern kostenlos die Pille oder Diaphragmen. Die Zahl des für Familienplanung zuständigen Personals wurde von 200 auf 7.000 erhöht. Die Regierung überläßt zwar den Paaren die Wahl der Verhütungsmethode; die katholische Kirche akzeptiert jedoch nur die Verhütung durch den Zyklus der Frau. "Wir wollen keinen Konflikt, aber Präsident

Ramos hat uns den Krieg erklärt", sagte Bischof Jesus Varela, der Vorsitzende der bischöflichen Familienkommission. Mit jährlich 2,3 Prozent haben die Philippinen das höchste Bevölkerungswachstum in Südostasien.

Der Sprecher der katholischen Bischofskonferenz nannte das Regierungsprogramm "demographischem Imperialismus", da es mit den Empfehlungen einer Studie des US-Sicherheitsrates übereinstimme, in der die Folgen des weltweiten Bevölkerungswachstums für die amerikanischen Interessen untersucht werden.

vgl. BP, KNA 14.7., Reuter 19.7., 16.8., PDI, AFP 3.8., PNF 17.8., Newsweek 23.8.93

## Auflösung der Privatarmeen?

Die Auflösung der Privatarmeen - seit 1986 mehrfach beschlossen, aber nie umgesetzt - innerhalb von 60 Tagen hat Präsident Ramos von Innenminister Rafael Alunan verlangt. Sie werden für zahlreiche Verbrechen verantwortlich gemacht und beeinträchtigen das Investitionsklima und den Tourismus. Die Aufforderung gilt als Reaktion auf einen Doppelmord, in den die Privatarmerie eines Bürgermeisters verwickelt gewesen sein soll.

Das Ministerium hat bis zum 9. September Zeit, die auf bis zu 650 geschätzten Privatarmeen aufzulösen. Sie sollen über 25.000 Mann unter Waffen verfügen. Die Zahl der unregistrierten Schußwaffen, die die Regierung nun einziehen will, wird landesweit auf 200.000 geschätzt. Zahlreiche Bürgermeister und Gouverneure wollen sich der Maßnahme widersetzen, weil sie die Armeen für ihre eigene Sicherheit benötigten. Ende August bezeichnete der Staatssekretär im Innenministerium die Kampagne als Fehlschlag, während der Minister sich optimistischer äußerte.

vgl. PNF 13.7., MC, PDI 25.8.93

## Jaime Tadeo aus Haft entlassen

Jaime Tadeo, Vorsitzender der Kleinbauerngewerkschaft KMP, ist am 6. August vorzeitig auf Bewährung aus der Haft entlassen worden. Der 55jährige war 1990 zu einer Haftstrafe zwischen 4 und 18 Jahren verurteilt worden. Ein aus der Marcos-Zeit stam-

mender Vorwurf der Unterschlagung öffentlicher Gelder wurde von der Justiz zur Anklage gebracht, als der charismatische Bauernführer sich zu einem scharfen Kritiker der Aquino-Regierung entwickelte. Tadeo hat die Vorwürfe stets zurückgewiesen.

vgl. PDI, MST, KMP 7.8.93

## Verbrechensbekämpfung ohne Erfolge

Der Regierung ist es bisher nicht gelungen, die hohe Kriminalität einzudämmen. Nach Angaben der Tageszeitung Manila Chronicle hat Manila mit 30,5 Morden pro 100.000 EinwohnerInnen im Jahr die höchste Mordrate in Asien. Auch der von der Regierung verkündete Erfolg bei der Bekämpfung von Entführungen wird bezweifelt. Nach Angaben des "Movement for the Restoration of Peace and Order" gab es in der ersten Jahreshälfte 53 Entführungsfälle mit 91 Opfern. Sechs Entführte seien bei Befreiungsversuchen der Polizei zu Tode gekommen, 20 gelten als verschwunden.

Die Tageszeitung Philippine Daily Inquirer macht Drogenkonsum, weitverbreiteten illegalen Waffenbesitz, Privatarmeen, Kriminelle in den Reihen der Polizei, Korruption und Gewaltverherrlichung durch die Medien für die Kriminalität verantwortlich.

PDI 19.8., PNF 13.7., MC 1.8., 19.8.93

- Anzeige -



September '93

## Solidaritätsarbeit

aus dem Inhalt:

- \* Geschichte(n) der Philippinen-Solidarität in Deutschland, Österreich und der Schweiz
- \* Solidaritätsarbeit aus philippinischer Sicht
- \* Solidarität und die Spaltung der Linken
- \* Die Zukunft kirchlicher Solidarität
- \* Gemeindepartnerschaften

außerdem:

- \* Konflikt um Höchst-gefährliche Pestizide
- \* Kredite im informellen Sektor
- \* Kultur des illegalen Glücksspiels
- \* Divisoria: Manilas Gemüsemarkt

Schwerpunkte vergangener Hefte:

März '93: Tourismus  
Juli '93: Menschenrechte

erscheint vierteljährlich  
Umfang 52 Seiten  
Einzelheft DM 6,- (plus Porto)  
Jahresabo DM 24,- (incl. Porto)  
(für Mitglieder DM 15,-)Förderabonnement DM 50,-

erhältlich bei:  
Philippinenbüro  
Postfach 250 408  
50520 Köln  
Tel.: 0221-324506  
Fax: 0221-326846

philippinenbüro e.v.